



Infobrief



Eisenstadt, 05.08.2015

Betreff: Asylinformation II

Sehr geehrte/r Frau/Herr Bürgermeister/in!

Sehr geehrte/r Frau/Herr Amtsleiter/in!

Aufgrund der aktuellen Asyldebatte wollen wir die im burgenländischen Asylgipfel am 30.7.2015 gefassten wesentlichen Eckpunkte noch einmal klarstellen.

Kernpunkte dieser Asylgespräche waren:

- ✓ Aktive Einbindung der Gemeinden und Bürgermeister bei der Asylunterbringung
- ✓ Das Land Burgenland gewährt Gemeinden finanzielle Unterstützung für die Unterbringung von Asylsuchenden.
- ✓ Klein- und Kleinstquartiere und frühe Einbindung der Bevölkerung sollen die Unterbringung auf breiter gesellschaftlicher Basis gewährleisten
- ✓ Das Land übernimmt 30%, max. aber 10.000 Euro, für die Herstellung der nötigen Infrastrukturkosten (Kanal-, Wasser-, Stromanschluss) und Sanierungs- bzw. Adaptierungsmaßnahmen in den Gemeinden (Voraussetzungen: Aufnahme von mindestens 10 Asylwerbern, zeitlich befristet bis Jahresende, Zweckwidmung für Flüchtlinge für mindestens 5 Jahre)

Im Zentrum des damaligen Gesprächs stand die Unterbringung von Flüchtlingen in den burgenländischen Gemeinden, mit einem **Richtwert von 1% der Einwohnerzahl einer Gemeinde = Anzahl der unterzubringenden Flüchtlinge pro Gemeinde.**

In der Zwischenzeit wurde von der Bundesregierung am 31.07.2015 ein 5 Punkte Plan präsentiert, der unter anderem eine sogenannte Ersatzvornahme durch den Bund vorsieht, wenn Länder und Gemeinden Richtwerte (1%-2%) nicht erfüllen. Das bedeutet, wenn eine solche Regelung im Nationalrat eine 2/3 Mehrheit findet (Verfassungsbestimmung), kann der Bund in die Länder- und Gemeindeautonomie eingreifen und OHNE Zustimmung der anderen Gebietskörperschaften (Baubewilligungen, Widmungen,...) Asylquartiere einrichten.

Landeshauptmann Hans Niessl, GVV Präsident Erich Trummer und Städtebund Burgenland Vorsitzende Ingrid Salamon sehen diesen Weg der Bundesregierung als sehr problematisch an, da er auch die Ergebnisse des burgenländischen Asylgipfels konterkarieren würde, bei dem ja eine engere Einbindung der Kommunalpolitiker und der Bevölkerung vereinbart wurde.

Alle Ausdrücke gelten auch in der weiblichen Form

SOZIALDEMOKRATISCHER GEMEINDEVERTRETERVERBAND BURGENLAND

JOHANN PERMAYERSTRASSE 2 | A-7000 EISENSTADT | TEL: +43 2682 775 254 | FAX: +43 2682 775 294 | E-MAIL: OFFICE@GVVBGLD.AT | WWW.GVVBGLD.AT

APA vom 31.07.2015: [Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) hält das von der Bundesregierung geplante Durchgriffsrecht bei Widmungen zur Erfüllung der Asylquote für problematisch. "Weil für Raumordnung sind die Gemeinden zuständig. Und da wird praktisch in die Gemeindeautonomie eingegriffen", sagte Niessl auf APA-Anfrage. Im Hinblick auf die angestrebte Unterbringungsquote für Asylwerber von einem bis zwei Prozent der Bevölkerung verwies der Landeshauptmann auf das rot-blaue Regierungsprogramm im Burgenland: "Wir sind dafür, dass es ein Prozent gibt. Wir orientieren uns da an Amnesty International", meinte Niessl.]

GVV-Präsident Trummer: „Ersatzvornahme durch den Bund ist keine Alternative zu Information und Einbindung der Gemeinden sowie der Bevölkerung.“

Daher ist es uns vom GVV Burgenland Folgendes wichtig:

- **Wir wollen OHNE aktives Eingreifen des Bundes unsere (sinnvollen) Quoten in den Gemeinden im Rahmen von Klein- und Kleinsteinheiten im Burgenland erfüllen.**
- **Wir wollen selbst- und eigenständig mit der Bevölkerung gemeinsam Asylquartiere in den Kommunen schaffen.**
- **Wir wollen keine Entscheidungen über die Köpfe der Gemeindepolitiker und der Bevölkerung hinweg**

Das bedeutet aber, dass hier ein aktiver Schritt der Gemeinden notwendig ist:

Beim Asylgipfel am 17.07.2015 in Eisenstadt wurde ein neuer Vorschlag eingebracht, nämlich Asylwerber in Notwohnblocks, sogenannten „WoodRooms“ (Infobrief GVV vom 30.07.2015) unterzubringen. Hier im Kurzen nochmals die Vorteile:

- | |
|---|
| <p>a) Steuerungsmöglichkeiten durch die Gemeinden (Anzahl der Asylwerber, Anzahl der Quartiere)</p> <p>b) die Abwicklung über die Gemeinden wäre aus einer Hand und damit auch besser administrierbar</p> <p>c) Asylquote kann auf breiter gesellschaftlicher Basis und ohne Massenquartiere erfüllt werden (kleinstrukturierte Lösung ganz im Sinne der Länder und Gemeinden)</p> <p>d) jeder Flüchtling in der Gemeinden hat auch dort seinen HWS dh.: er/sie bringt der Gemeinde mehr Ertragsanteile</p> |
|---|

Im Detail wurde dieser Vorschlag schon im vorigen Infobrief erläutert. Generell ist das Modell „WoodRoom“ startklar und müsste nur von den Gemeinden abgerufen werden. Für die Abwicklung und detaillierte Rückfragen steht Ihnen Herr **Wolfgang Hauptmann (Referatsleiter Abt.6)**, zuständig für die Grundversorgung, unter **02682 600 2331** oder wolfgang.hauptmann@bgld.gv.at zur Verfügung.

Weiters gilt das Angebot des zuständigen Landesrates Mag. Norbert Darabos, dass Mitarbeiter des Landes für Informationsveranstaltungen in Ihrer Gemeinde als Experten gerne zur Verfügung stehen.

Anhänge: 1) Info/Zsfg. Asyl Burgenland **2)** Notwohnblock „WoodRoom“: Planung Modulbauweise

Alle Ausdrücke gelten auch in der weiblichen Form